



■ Schweizer Syndikat Medienschaffender ■ Syndicat  
suisse des mass media ■ Sindacato svizzero dei mass  
media ■ Sindicat svizzer dals meds da massa

Stellungnahme SSM:  
Änderungen des Postgesetzes

Per E-MAIL

[pg@bakom.admin.ch](mailto:pg@bakom.admin.ch)

Kommission für Verkehr und  
Fernmeldewesen des  
Nationalrats (KVF-N)  
3003 Bern

Per E-Mail an:  
[pg@bakom.admin.ch](mailto:pg@bakom.admin.ch)

Schweizer Syndikat  
Medienschaffender SSM  
Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 65  
8004 Zürich

[politik@ssm-site.ch](mailto:politik@ssm-site.ch)

Zürich, 29. Februar 2024

## Vernehmlassung zur Änderung des Postgesetzes – Stellungnahme des Schweizer Syndikats Medienschaffender SSM

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Das Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM) bedankt sich für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Postgesetzes

Das Schweizer Syndikat Medienschaffender ist die Gewerkschaft für alle in den elektronischen Medien tätigen Berufsleute. Es hat einen Branchenvertrag mit der UNIKOM<sup>1</sup>, welchem sich sieben Radios angeschlossen haben, und ist der Sozialpartner der SRG SSR. Im Jahr 2022 hat das SSM gemeinsam mit den Partnerverbänden syndicom und impressum erstmals überhaupt mit den Arbeitgeberverbänden von Privatradios (VSP) und Privatfernsehen (Telesuisse) eine Vereinbarung über die Mindestarbeitsbedingungen für Programmschaffende abgeschlossen. Mehr als 17% der SSM-Mitglieder arbeiten bei einem privaten Medium, der Grossteil von ihnen in einem Radio- oder Fernsehunternehmen. Nebst dem Einsatz für die beruflichen, berufspolitischen, materiellen, kulturellen und sozialen Interessen der SSM-Mitglieder, gehört auch der Einsatz für eine fortschrittliche Medienpolitik zum statutarischen Auftrag des SSM.

Als Gewerkschaft, die sich für die Interessen der Berufsleute in den elektronischen Medien stark macht, sind wir mit den aktuellen Herausforderungen der Schweizer Medienlandschaft vertraut. Die vorgeschlagene Änderung des Postgesetzes, die auf eine Ausweitung der Fördermassnahmen für regionale und lokale Medienverlage abzielt, kommt in einer kritischen Zeit. Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Medienunternehmen, gekoppelt mit einem Rückgang der inhaltlichen Medienvielfalt, stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Schweizer Demokratie dar.

---

<sup>1</sup> Der Branchenvertrag, wie auch die Anschlussvereinbarungen mit den einzelnen komplementären Radios bleiben gültig, auch wenn die Mehrheit der komplementären konzessionierten Radios per 30.09.23 aus dem Verband Unikom austritt (vgl. [werbewoche.ch](http://werbewoche.ch) vom 11.09.23).



■ Schweizer Syndikat Medienschaffender ■ Syndicat  
suisse des mass media ■ Sindacato svizzero dei mass  
media ■ Sindicat svizzer dals meds da massa

## Stellungnahme SSM: Änderungen des Postgesetzes

Unabhängige und vielfältige Medien erfüllen in der Schweiz eine wichtige demokratiepolitische Funktion. Angesichts einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und dem dramatischen Rückgang der traditionellen Medienrezeption, ist das Bedürfnis nach innovativen und nachhaltigen Unterstützungsmassnahmen offensichtlich. Der Bereich der gedruckten Presse ist keine Wirtschaftsbranche wie jede andere. Die Einschätzung der aktuellen Lage deckt sich allerdings verlagsübergreifend: Der Journalismus steckt in einer tiefen Krise, sowohl auf dem Leser:innen- wie auch auf dem Werbemarkt. Mit grosser Sorge beobachtet das SSM den kontinuierlichen Stellenabbau in Medienhäusern ob öffentlich, national, regional oder lokal. Vor diesem Hintergrund setzt sich das SSM seit Jahren für die Stärkung der Schweizer Medienlandschaft, der Medienvielfalt und damit für die Stärkung der Medienschaffenden ein. Als Mediengewerkschaft unterstützen wir grundsätzlich Massnahmen zur Medienförderung. Das abgelehnte Medienpaket hätte diese notwendige Förderung angeboten. Die vorgeschlagene Änderung des Postgesetzes ist eine Chance, zumindest ein Element, die im Massnahmenpaket vorgesehenen Förderungsoptionen umzusetzen.

Wir teilen die Sichtweise der KVF-N, nämlich dass unabhängige und vielfältige Medien für die Schweizer Demokratie zentral sind und dass aufgrund der Medienkrise dringender medienpolitischer Handlungsbedarf besteht. Das SSM muss trotz einer grundsätzlich positiven Haltung gegenüber der Medienförderung, Vorbehalte gegenüber der vorgesehenen indirekten Presseförderung aussprechen. Das SSM erachtet folgende Anpassungen als notwendig:

### **Förderkriterien**

Die rein formalen Förderkriterien zur Vergabe von Fördermitteln bleiben beim vorliegenden Entwurf des Postgesetzes unverändert bestehen. Aus Sicht des SSM sollten diese allerdings erweitert werden: Klassische Medientitel sollten sich zu den branchenüblichen journalistischen Standards und ethischen Richtlinien bekennen müssen, um in den Genuss der indirekten Presseförderung zu kommen. Dies stärkt die Selbstregulierung durch den Presserat und die Einhaltung berufsethischer Richtlinien – und damit die journalistische Qualität.

### **Arbeitsbedingungen**

Das Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM) unterstützt die Anwendung gleicher Kriterien auf die Früh- und Postzustellung. Mit dem abgelehnten Medienpaket wären die anerkannten Frühzustellungsorganisationen dazu verpflichtet worden, mit den Personalverbänden Verhandlungen über einen Gesamtarbeitsvertrag zu führen. Diese Klausel findet sich leider nicht mehr im aktuellen Vorentwurf. Wir fordern die Wiederaufnahme dieser Klausel. Gerade in der Frühzustellung sind die Arbeitsbedingungen heute oft prekär. Es darf deshalb keineswegs akzeptiert werden, dass in diesem Bereich allfälliges Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen noch mit Subventionen belohnt werden könnte. Deshalb fordern wir eine entsprechende Anpassung des Art. 19b.

Die Verpflichtung, Verhandlungen über einen Gesamtarbeitsvertrags (GAV) aufzunehmen, soll für alle Verlage gelten, die via Postgesetz von Fördermassnahmen profitieren. Das SSM fordert die Integration einer GAV-Verhandlungspflicht in die Förderkriterien des Postgesetzes. Ein GAV, ausgehandelt mit Gewerkschaften wie dem SSM, würde sicherstellen, dass die Förderung via das Postgesetz an faire und gerechte Arbeitsbedingungen geknüpft ist, was für die Resilienz und Nachhaltigkeit der Medienlandschaft essentiell ist. Diese Änderung erachtet das SSM als absolut zentral, da sie direkt die Qualität der Arbeitsverhältnisse und damit die Grundlage für qualitativ hochwertigen Journalismus betrifft.



■ Schweizer Syndikat Medienschaffender ■ Syndicat  
suisse des mass media ■ Sindacato svizzero dei mass  
media ■ Sindicat svizzer dals meds da massa

## Stellungnahme SSM: Änderungen des Postgesetzes

### Mitgliedschafts- und Stiftungspressen

Eine Kommissionsminderheit will auf den vorgeschlagenen Ausbau der Mittel für die Mitgliedschafts- und Stiftungspressen verzichten. Wie der SGB lehnt auch das SSM dies vehement ab. Genau in diesem Bereich wird im Sinne der Meinungsvielfalt und Informationsübermittlung für verhältnismässig tiefe Kosten unerlässliche Arbeit geleistet – vom Caritas-Magazin über den Ktipp und «Die Alpen» bis zu den publizierten Gewerkschaftsmagazinen. Viele dieser Titel sind mindestens so stark gefährdet wie die «klassische» Regional- und Lokalpresse und müssen daher ebenfalls weiter unterstützt werden.

### Nachhaltige Förderung

Das SSM hält zudem fest, dass auch Medienunternehmen ihre Geschäftsmodelle grundsätzlich überprüfen und der Realität anpassen müssen. Daher lehnt das SSM die Befristung des Ausbaus der indirekten Presseförderung auf sieben Jahre nicht per se ab. Die Befristung kann allerdings nur unter der Bedingung unterstützt werden, dass zeitgleich eine umfassende, nachhaltige und kanalunabhängige Förderung entwickelt und erprobt wird, die nicht nur bestehende veraltete Strukturen erhält, sondern dem digitalen Wandel Rechnung trägt. Die Entwicklung einer solchen Förderung muss bereits während und nicht erst nach Ablauf der sieben Jahre geschehen. Andernfalls wird das aktuelle Problem lediglich verlagert oder gar verschärft. Eine kanalunabhängige Förderung, die sowohl rein digitale als auch konvergente Printmedien umfasst und kleinere Medienverlage stärker fördert, ist entscheidend für die Vielfalt und Unabhängigkeit der Schweizer Medienlandschaft der Zukunft. Wir verweisen hier auf die bundesrätliche Antwort auf das Postulat Christ und die darin erwähnte «mittelfristige» Option. Da in diesem Bereich allerdings kein rascher Fortschritt absehbar ist, schliesst sich das SSM der Forderung des SGB an, die Befristung aufzuheben.

Das Schweizer Syndikat Medienschaffender unterstützt die vorgelegten Vorschläge zur Änderung des Postgesetzes mit den formulierten Änderungsvorschlägen betreffend GAV-Verhandlungspflicht und Aufhebung der Befristung des Ausbaus der indirekten Presseförderung.

Nichtsdestotrotz ist es aus Sicht einer Mediengewerkschaft unsere zentrale Aufgabe an die Mitglieder der KVF-N sowie alle Politiker:innen zu appellieren, die Abwärtsspirale in der Schweizer Medienlandschaft als sehr ernsthaftes Problem anzuerkennen und Lösungen zu erarbeiten. Die stetigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der fortwährende Stellenabbau und die Zentralisierungsbestrebungen der Grossverlage sind alarmierende Symptome für den fortschreitenden Zerfall der Qualität in der Berichterstattung und der inhaltlichen Medienvielfalt. Dies ist eine ernstzunehmende Bedrohung für das zukünftige Funktionieren der mehrsprachigen schweizerischen Referendumsdemokratie, welche von der Politik nicht ignoriert werden darf.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Silvia Dell'Aquila

Zentralsekretärin  
Schweizer Syndikat Medienschaffender

Margarita Lajqi

Fachsekretärin Medienpolitik  
Schweizer Syndikat Medienschaffender